

# E-Bürger der Regio Basiliensis

Von Martin Breitenstein



In Zeiten, in denen sich die virtuellen Welten von Social Media und Konsorten in die reale Welt verschieben, liegt das Thema irgendwie in der Luft. Estland verspricht sich neue wirtschaftliche Impulse vom Angebot einer digitalen Staatsbürgerschaft. Die

Idee: ohne dass man je einen Fuss in dieses Land gesetzt hätte, kann man via Internet digitaler Staatsbürger von Estland werden. Inhaber dieser E-Bürgerschaft sollen dann das estnische E-Government nutzen können, Bankkonten eröffnen und Firmen gründen. Die Regierung will damit neues Kapital ins Land lotsen, besonders von Unternehmen, die ein Konto in der EU benötigen. Estland ist seit 2004 in der EU und seit 2011 Mitglied der Eurozone. Der Staat mit 1,3 Millionen Einwohnern verfügt angeblich über die höchste Dichte von Internetanschlüssen weltweit. Die Wahlbeteiligung funktioniert auch über Internet und via Mobilephone.

Obschon der estnische Staatschef Toomas Hendrik Ilves gegenwärtig nicht gut auf die Schweiz zu sprechen ist, weil sie im Ukraine-Konflikt bei den westlichen Sanktionen gegen Russland mit Verweis auf die Neutralität abseitssteht, wäre diese digitale Staatsbürgerschaft für Schweizer vielleicht eines näheren Studiums wert. Wie einfach könnten sich Euroturbo hierzulande über einen Server in Estland plötzlich der digitalen Bürgerschaft der Europäischen Union erfreuen. Sie wären nicht mehr in der Enge des Kleinstaates gefangen. Umgekehrt könnte die Schweiz nach der Masseneinwanderungs-Initiative das Seilziehen um die Bilateralen viel gelassener angehen. Mittels estnischer E-Bürgerschaft könnten Schweizer Unternehmen an allen europäischen Freiheiten teilhaben, selbst wenn das bilaterale Verhältnis der Schweiz mit der EU scheitern würde. Ob man Dank dem estnischen Innovationsgeist tatsächlich so weit gehen kann? Wers glaubt, zahlt einen Bitcoin. Würden die Esten, wie es der amerikanische Fiskus vormacht, weltweit von ihren Expats Steuern eintreiben wollen?

Den Versuchsballon für eine vergleichbare interkantonale Spielart hat Völkerrechtsassistentenprofessor Thomas Burri letzte Woche in einem Gastbeitrag in der *NZZ* steigen lassen. Er möchte einen virtuellen romanischen Kanton schaffen in der Schweiz. Dieser 27. Kanton ohne reales Territorium wäre die geistige Heimat für alle Romanisch sprechenden, die diesem Gebilde beitreten möchten. Es gehe «um die Verwirklichung des Gemeinwohls des Volkes der Rätoromanen innerhalb der Schweiz», schreibt Burri. Mit einer umgehenden heftigen Replik in der *NZZ* hat der ehemalige Staatsrechtsprofessor Andreas Auer dem Vorstoss den Dienst erwiesen, nicht sang- und klanglos im Sommerloch zu verschwinden. Er bezeichnete Burris Vorschlag zwar als «Schnapsidee», deklinierte die Umsetzung dennoch mit Bierernst durch.

Bei so viel staatsrechtlicher Innovationsfreude wirkt die Fusionsidee der beiden Basel geradezu altbacken. Hier wäre die angemessene Antwort: Eine digitale Staatsbürgerschaft für die Regio Basiliensis. Ungehindert aller überkommener Territorialgrenzen könnten sie Basel-Städter, Baselbieter, Fricktaler, Laufentaler, Dornecker, Elsässer und Badenser erwerben. Für die «Verwirklichung des Gemeinwohls» des Volkes der Region Basel, wäre dies das Mindeste, wenn schon die Rätoromanen so etwas für sich fordern. Vielleicht bekäme sogar ich als Exilbaselbieter im Kanton Zürich ein Passwort für den digitalen Pass der Regio Basiliensis.